Schwerter Zeitung

Bei unvorhergesehenen Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalten, übernehmen wir keinerlei Gewähr für pünktliches Erscheinen der Zeitung und kann auch keinerlei Schadenersatz beansprucht werden.

Verbunden mit: Schwerter Tageblatt und Anzeiger / Schwerter Volkszeitung / Schwerter Volksblatt

Welthofener Zeitung / Apterbecker Zeitung / Langscheder Zeitung / Holzwickeder Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" erscheint werktäglich. Hauptgeschäftsstelle, Druck und Verlag: Carl Braus. Telegr.-Adr.: Braus, Schwerterruhr. Tel. 62. Postscheck: Dortmund 2852 und Hannover 21874. Verantwortlich für Schriftleitung und Anzeigen: Hans Linner in Schwerte. Tel. 62.

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde • Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises. • Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

Nr. 300 | Anzeigen-Preise: Lokale 10 Pf., Auswärtige 12 Pf., Familien-Anzeigen 6 Pf., Reklamen 50 Pf. Finanz-Anzeigen 12 Pf. | Samstag, den 22. Dezember 1923 | Einzelnummer: 150 Milliarden Papiermark | 56. Jahrgang

Neues in Kürze.

Verfehlter Rennsportkonzern.

hb Berlin, 21. Dez. (Privattel.) Vor der Dortmunder Strafkammer hatte sich gestern der Kaufmann Hebbing, der nach dem Vorbild Klantes einen Rennsportkonzern für Westdeutschland gegründet hatte, wegen Betrugs und Vergehens gegen die Konkursordnung zu verantworten. Die riesige Zahl der Gläubiger des Konzerns konnte in ihren Ansprüchen nur zum kleinsten Teil befriedigt werden. Das Gericht hielt den Angeklagten des Betruges schuldig und verurteilte ihn zu neun Monaten Gefängnis.

Verweigerung der Zehnstundenschicht.

wtb Duisburg, 20. Dez. (Tel.) Die Kruppwerke Rheinhausen haben sämtliche Arbeiter entlassen, da sie die Zehnstundenschicht verweigerten. Es werden nur Notstandsarbeiten verrichtet.

Amerikanische Hilfe.

wtb Newyork, 20. Dez. (Durch Funkspruch.) Wie aus Washington gemeldet wird, hat der Arbeiterführer Samuel Gompertz einen Aufruf an alle Mitglieder des amerikanischen Arbeiterbundes erlassen, in dem er sie auffordert, am Hilfswerk für Deutschland mitzuarbeiten und die deutschen Arbeiterorganisationen zu unterstützen.

Das Rheinland.

wtb Köln, 21. Dez. (Tel.) Wie die Köln. Ztg. erfährt, sind die Führer aller politischen Parteien des Rheinlandes auf heute vormittag zu einer Besprechung mit der Reichsregierung gebeten worden. Es handelt sich um die finanzielle Lage des Reiches in ihrer Beziehung zu den Besetzungslasten.

Die Fälligkeit der Brotversorgungsabgabe.

hb Berlin, 21. Dez. Die Blätter erinnern daran, daß die zum 2. Januar 1924 der zweite Teil der Brotversorgungsabgabe zu entrichten ist. Er beträgt grundsätzlich das 195millionenfache des Zwangsanleihebetrages. Wer also z. B. 100 000 Mark Zwangsanleihe zu zeichnen hatte, hat 19,5 Billionen Mark Papiermark als zweiten Teilbetrag der Brotversorgungsabgabe zu zahlen. Die Zahlung ist ausschließlich bei der Finanzkasse zu leisten. Bei nicht rechtzeitiger Zahlung der Abgabe hat der Steuerpflichtige die zwangsweise Beitreibung zu erwarten und empfindliche Verzugszuschläge zu entrichten.

Die Sonntagsrückfahrkarten.

wtb Köln, 21. Dez. (Tel.) Anläßlich des bevorstehenden Weihnachts- und Neujahrsfestes wird ausnahmsweise die Gültigkeit der vom Samstag, den 22. ds. Mts. mittags gelösten Sonntagsrückfahrkarten bis zum Mittwoch, den 26. ds. Mts. und die vom Samstag, den 29. ds. Mts. mittags gelösten Karten bis zum 1. Januar 1924 ausgedehnt.

Der Mordanschlag gegen Kahr.

wtb München, 21. Dez. (Tel.) Den Blättern zufolge handelt es sich entgegen anderslautenden Meldungen bei dem geplanten Attentat gegen den Generalstaatskommissar Kahr nicht um ein Komplott. Der verhaftete Schauspieler Barthel hat gestanden, daß er die Tat allein ausführen wollte. Er bezeichnete sich übrigens als Nationalsozialisten. Während der Zeit des passiven Widerstandes gegen die Einbruchsmächte im Ruhrgebiet soll er bei der Regie tätig gewesen und erst acht Tage vor seiner Verhaftung nach München gekommen sein.

Der Elberfelder Prozeß.

wtb. Berlin, 21. Dez. (Tel.) In der Klagesache der politischen Polizei in Elberfeld und des Ministers Severing gegen den verantwortlichen Redakteur der Bergisch-Märkischen Zeitung wird das Reichsgericht die Rechtsauffassung der Elberfelder Strafkammer nachprüfen.

Kommunistenverhaftungen.

wtb Altona, 21. Dez. (Tel.) Hier wurden 25 jüngere Leute festgenommen, die ungeachtet des vom Militärbefehlshaber erlassenen Verbots der kommunistischen Partei bezw. der kommunistischen Jugend weiter im Interesse dieser Partei arbeiteten. Ihre Hauptbetätigung bestand darin, sogenannte fliegende Kolonnen zu bilden, die mit dem Anleben und der Verbreitung kommunistischer Hetzschriften sich befaßten. Die betreffenden Beschlüsse wurden in Versammlungen gefaßt, die weder angezeigt, noch genehmigt waren. Die Festgenommenen wurden dem außerordentlichen Gericht des Reichs in Hamburg überwiesen.

Roske und Nahrungsmittelkredite.

wtb Paris, 21. Dez. (Tel.) Die Reparationskommission hat in der Frage der amerikanischen Nahrungsmittelkredite beschlossen, die Entscheidung darüber, ob in der Angelegenheit die Reparationskommission oder die alliierten und assoziierten Regierungen zuständig sind, den letzteren zu überlassen. Inzwischen ist der Garantieausschuß beauftragt worden, den deutschen Antrag zu prüfen, ohne den Beschluß der Regierungen abzuwarten.

Das neue polnische Kabinett.

wtb. Warschau, 20. Dez. Das Kabinett Grabski stellte sich heute dem Parlament vor. Der Ministerpräsident betonte, daß die Regierung ihre Hauptaufgabe in der Durchführung der Sanierung der Finanzen erblicke.

Die Erdbebenverwüstungen.

wtb Newyork, 21. Dez. (Tel.) Aus Bogata wird gemeldet: Nach den letzten Schätzungen fanden bei dem Erdbeben in der dem Aequator benachbarten Gegend dreitausend Menschen den Tod. Ueber zweitausend Häuser wurden zerstört. Lac Granol bei Tulcam sei vollständig verschwunden.

Der Reichskanzler über Deutschlands Not.

wtb. Paris, 21. Dez. (Tel.) Reichskanzler Marx hat dem Berliner Korrespondenten des Newyork Herald ein Interview gewährt, in dem er unter anderem erklärte, der verantwortliche Leiter der deutschen Geschicke müsse heute optimistisch sein, wenn er angesichts seiner riesigen Aufgaben nicht verzweifeln solle. Deshalb müsse er annehmen, daß eine Lösung der Reparationsfrage gefunden werde, die das deutsche Volk in den Stand setzen werde, zu leben und sich wieder zu erheben. Deutschland habe den größten Wunsch, zu einer Regelung zu gelangen. Wenn die Reparationskommission durch ihre Sachverständigenausschüsse jetzt die Frage der deutschen Kapitalflucht zu untersuchen gedenke, so begrüße man das unter diesen Umständen in Deutschland, weil man ein starkes nationales und wirtschaftliches Interesse an der Feststellung und Kontrolle der ausgeführten Kapitalien habe. Deutschland sei insbesondere dankbar dafür, daß amerikanische Finanzleute und Wirtschaftler von hohem Rang hierbei mitwirken würden. Er persönlich, fuhr der Reichskanzler fort, möchte annehmen, daß Poincare erkannt habe, daß offene Verhandlungen und eine ehrliche Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland für alle Beteiligten das beste seien. Schließlich müsse Klarheit darüber geschaffen werden, ob Frankreich in erster Linie politische oder wirtschaftliche Ziele verfolge. Wenn Frankreich Geld von Deutschland brauche, so müsse es dem deutschen Volke die Möglichkeit lassen, in Ruhe zu leben und zu arbeiten. In erster Linie müsse die Lage an Rhein und Ruhr geklärt werden, da sonst eine allgemeine Lösung der Reparationsfrage unmöglich sei. Jede Abschätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit werde offenbar von der Frage beherrscht, ob Deutschland seine großen wirtschaftlichen Hilfsquellen in der Hand habe oder nicht. Das Ruhrgebiet sei das Herz Deutschlands, es muß für Deutschland schlagen, wenn Deutschland leben soll. Seit der französisch-belgischen Besetzung seien alle Abgaben im Ruhrgebiet und im Rheinland für Deutschland verloren gewesen. Sie hätten etwa zwei Fünftel der deutschen Einnahmen ausgemacht. Auch heute noch, wo der passive Widerstand endgültig eingestellt sei, könne man nicht sagen, ob die Rheinlandkommission gestatten werde, daß die deutschen Behörden im besetzten Gebiet die vom Reich eingeführten neuen Steuern erheben, ohne die Deutschland nicht länger bestehen könne. Ob es dem Reiche möglich sein werde, mit den laufenden Einnahmen dem verarmten Land auch bei schärfsten Eingriffen in die Substanz den Bedarf des Staates zu decken und gleichzeitig eine neue Währung zu schaffen, wage er nicht zu entscheiden, insbesondere da Industrie, Handel und Landwirtschaft größere Kredite verlangten. Wenn es indessen, wie er hoffe, möglich sein werde, eine große Auslands-Anleihe aufzubringen, so würden die gesunden menschlichen und wirtschaftlichen Kraftquellen in Deutschland es auch über diese schwersten Tage seiner Geschichte hinwegtragen.

Der Reichskanzler Marx äußerte dann die Hoffnung, daß die schwebenden Verhandlungen mit Frankreich das harte Schicksal seiner rheinischen Heimat bessern würde. Die Leiden der Bevölkerung dort seien unerträglich. Der Reichskanzler bestritt entschieden, daß er eine Loslösung der Rheinlande von Preußen unterstützt habe. Das separatistische Schreckgespenst, mit dem das Rheinland nichts zu tun hätte, werde völlig verschwinden, sobald die Separatisten keine finanzielle Unterstützung mehr erhielten. Deutschland, erklärte der Reichskanzler zum Schluß, sei natürlich bereit, Frankreich jede angemessene Garantie gegen einen deutschen Angriff zu bieten, der mit der deutschen Souveränität vereinbar sei. Im Augenblick fürchte er weder einen Putsch von rechts noch von links. Die Gefahr einer derartigen Entwicklung sei wenigstens vorübergehend überwunden. Aber niemand könne voraussagen, ob sie nicht wiederkehren werde, wenn das Elend in Deutschland noch größere Ausmaße annehme. Der Winter, der vor der Tür stehe, werde für die ausgehungerte Bevölkerung eine schreckliche Prüfung sein. Es bleibe nichts anderes übrig, als schwer zu arbeiten und die Preise so niedrig wie möglich zu halten.

Die Beschlüsse der Reparationskommission.

wtb Paris, 21. Dez. (Tel.) Nach dem vom Wiederherstellungsausschuß ausgegebenen amtlichen Communique ist beschlossen worden:

1) Das deutsche Verlangen, den Nahrungsmittelkrediten eine Priorität zu geben, gemäß Artikel 251 des Friedensvertrages den Verbündeten zu überweisen.

2) Dem Garantieausschuß zwecks Erleichterung der Entscheidung, die entweder die verbündeten Regierungen oder der Wiederherstellungsausschuß zu treffen haben, Auftrag zu erteilen, eiligst einen Bericht zu liefern über die Vorräte an Brotgetreide und Speisefetten in Deutschland.

Ueber den Stand der Verhandlungen in der Frage der Sachverständigenausschüsse sagt das Communique, es seien gewisse Formalitäten zu erfüllen. Der Ausschuß habe beschlossen, die Ernennung der Sachverständigen aufzuschieben, abgesehen von dem Falle der amerikanischen Mitglieder des 1. Ausschusses, indem der Ausschuß wegen der räumlichen Entfernung beschlossen hat, den Vorsitzenden General Dawes und den Vorsitzenden im Aufsichtsrat der Electric Company in Newyork, Owen Young, zur Teilnahme an den Arbeiten des genannten Sachverständigenausschusses aufzufordern. Ferner sei beschlossen worden, dem General Dawes den Vorsitz dieses Ausschusses anzubieten.

Die Höhe der Sozialrenten.

wtb. Berlin, 21. Dez. (Tel.) Nach der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 20. Dezember (Reichsanz. vom 21. Dez.) gewähren die Versicherungsanstalten ab 1. Januar durch die Post den Invalidenrentnern dreizehn Mark, dne Witwen neun und den Waisen sieben Mark. In der Angestelltenversicherung betragen die entsprechenden Renten dreißig, achtzehn und fünfzehn Mark. Zu den Invalidenrenten und dem Ruhegeld tritt in den Fällen, in denen nach dem Versicherungsgesetz ein Kinderzuschuß gezahlt wird, eine monatliche Zulage von je drei Mark. Die Rentenempfänger in der Angestelltenversicherung scheiden hiernach ab 1. Januar aus der Sozialrentnerunterstützung aus. Bei den Rentenempfängern der Invalidenversicherung wird wegen der Aufwertung der Versicherungsleistungen eine Unterstützung wenigstens in der ersten Januarhälfte im allgemeinen nicht notwendig sein.

Ein Bombenattentat auf Roske.

wtb Hannover, 21. Dez. (Tel.) Heute abend wurde bei dem Treppenaufgang des Regierungsgebäudes, in dem Oberpräsident Roske wohnt, eine sehr starke Sprengstoffladung zur Explosion gebracht. Die Fenster und Türen der ganzen Front wurden eingedrückt. Menschenleben sind nicht zu Schaden gekommen. Nähere Einzelheiten sind noch nicht bekannt.

Ermächtigungsgesetz in Württemberg.

wtb. Stuttgart, 21. Dez. (Tel.) Der Landtag hat das Ermächtigungsgesetz mit 68 gegen 24 Stimmen, also mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen. Damit ist die Gefahr der Regierungskrise behoben.

Das deutsche Kapital im Auslande.

DNB. Berlin, 21. Dez. (Tel.) Angesichts der bevorstehenden Verhandlungen des von der Reparationskommission eingesetzten Ausschusses zur Untersuchung der deutschen Kapitalflucht wird von der Ententepresse behauptet, daß ungeheure Milliardenwerte von deutschen Kapitalisten im Ausland angelegt worden seien. So wird behauptet, daß in Holland und in anderen Nordstaaten 18 bis 20 Milliarden in Goldmark und in der Schweiz 25 Milliarden schweizerische Franken deponiert worden seien. Der Reichsfinanzminister Dr. Luther hat schon früher mit allem Nachdruck betont, daß die in der Ententepresse genannten Zahlen der Wirklichkeit nicht annähernd entsprechen.

Jetzt schreibt die schweizerische Bankenvereinigung in dem Organ der Schweiz. Handelskammer u. a.:

Von außerordentlichen Einzahlungen und Depots deutscher Banken, Gesellschaften, Industrieller und Privater sei nichts bekannt. Wie leichtfertig es ist, von einem deutschen Guthaben in der Schweiz von 25 Milliarden Franken zu sprechen, beweist die Tatsache, daß die gesamte Bilanzsumme der beiden großen schweizerischen Bankverbände rund 8½ Milliarden Franken beträgt. Man dürfe wohl annehmen, daß weitaus der größte Teil dieser Verbindlichkeiten in dieser Gesamtbilanz Guthaben von Inländern darstellen."

Noch kürzlich hat der Präsident der schweizerischen Bankiervereinigung, Mitglied des schweizerischen Komitees der internationalen Handelskammern in Paris, welche ebenfalls einen Ausschuß zur Feststellung des deutschen Auslandskapitals eingesetzt hat, sein Urteil über die deutschen Guthaben in der Schweiz dahin abgegeben, daß diese höchstens 460 bis 500 Millionen Franken betragen dürften, einen Betrag also, der über die legitimen und unerläßlichen Bedürfnisse der deutschen Wirtschaft kaum wesentlich hinausgehen werde. Jedenfalls ist von den fabelhaften „Milliarden" keine Rede.

Poincare über die Verhandlungen mit Deutschland.

wtb. Paris, 21. Dez. (Tel.) In der heutigen Kammersitzung ergriff Poincare zu den Interpellationen über die auswärtige Politik der Regierung das Wort und führte u. a. aus: Er glaube, daß die Außenpolitik seiner Regierung die Politik der überwältigenden Mehrheit des Landes sei. Der Abg. Pierre habe Unrecht, wenn er behaupte, daß die Regierung gegen der Mehrheit der Kammer folge. Immer seien es die Kommunisten die Frankreich Unrecht und dem Ausland Recht gäben. Sie gingen sogar so weit, zu behaupten, daß Frankreich sich in innerdeutsche Angelegenheiten einmischen wolle, um alldeutsche Bestrebungen zu fördern. Die französische Regierung habe keinem Offizier den Auftrag erteilt, eine reaktionäre Regierung in Deutschland zu fördern. Die Regierung vertrete den Standpunkt, daß die Wiedergutmachung der Kriegsschäden und die Garantien für Frankreichs Sicherheit im Vordergrund ständen. Auch die Ruhrbesetzung habe den deutschen Plan, die Zahlungen einzustellen, nicht geändert. Wenn Deutschland wirklich die Absicht gehabt hätte, Lieferungen zu leisten, hätte es seine Industriellen zwingen sollen, dem Reich Kredite zu gewähren. Außerdem habe Frankreich sich bereit erklärt, das Reparationsprogramm durch den Wiederherstellungsausschuß prüfen zu lassen und er freue sich, daß die Vereinigten Staaten ihre Mitarbeit hierbei zugesagt hätten. Frankreich könne keine Herabsetzung der Reparationen zusagen, es sei denn, daß seine eigene Kriegsschuld erlassen oder vermindert würde.

Poincare verliest dann die Instruktionen, die er den Botschaftern in London und Washington am 2. Novbr. erteilt habe, um zu dem englischen Vorschlag der Einberufung einer Sachverständigenkonferenz keine Stellung zu nehmen. Amerika habe die französischen Vorschläge nicht angenommen. Frankreich habe von seinen Verbündeten keine Zugeständnisse hinsichtlich der interalliierten Schulden erlangt. Deshalb habe es sich schließlich dem Wiederherstellungsausschuß zugewandt. Dieser habe sich dem französischen Standpunkt angeschlossen. Gegenwärtig könne Deutschland nicht bezahlen, weil es erst seine Währung und seinen Kredit wieder aufrichten müsse. Dem deutschen Geschäftsträger habe er erklärt, er werde alle seine Vorschläge annehmen, aber den Reparationsausschuß nicht beiseite schieben. Mit der belgischen Regierung sei er darin einig, daß keine Verhandlungen eingeleitet werden sollen, die der Autorität der Rheinlandkommission und des Generals Degoutte Abbruch tun könnten.

In seinen weiteren Ausführungen stellte Poincare die Frage, was Frankreich wohl erhalten hätte, wenn es Deutschland den verlangten Zahlungsaufschub von 2—3 Jahren bewilligt haben würde. Es sei seine Aufgabe, nochmals die Legende entschieden zu zerstören.

Deutsche Wirtschaftszahlen

am 22. Dezember.

[Die Zahlen in Milliarden.]

Großhandel für das Reich am 18. XII.	124,5
Lebenshaltg. „ „ „ am 17. XII.	1163
1 Goldmark nach dem Berliner Dollarkurs	1000
Goldumrechnungssatz für Reichssteuern am 15. XII.	1000
Goldmarkkurs der Reichsbahn für Personen- und Güterverkehr	1000
Anzeigenschlüssel vom 21. XI. ab	1400
Ankaufspreis f. Reichssilbermünzen ab 17. XII.	400
Steuerermäßigungsmultiplikator in der Woche vom 24. XII.—31. XII.	600000
Goldankaufspreis der Reichsbank für ein Zwanzig-Mark-Stück 19,267,5	000,00 M
Fernbrief ab 1. XII.	10 Pfg.
Fernpostkarte ab 1. XII.	5 Pfg.

Amtliche Berliner Devisenkurse.

	20. Dezember		21. Dezember	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Holland 1 Guld.	1596000	1604000	1596000	1604000
Buenos-Aires.	1336700	1343300	1336350	1343650
Belgien 1 Fr.	191520	192480	188528	189472
Norwegen 1 Kr.	630420	633580	626425	629575
Dänemark 1 Kr.	748125	751875	751118	754882
Schweden 1 Kr.	1105220	1110770	1109220	1114780
Finnland 1 M.	103490	104010	102742	103258
Italien 1 Lire	183540	184460	181545	182455
England	18354000	18446000	18254000	18345000
New York 1 D.	4.189500	4.210500	4.189500	4.210500
Paris 1 Frk.	223440	224560	216458	217542
Schweiz 1 Frk.	782165	785835	782165	785835
Spanien 1 Pes.	550320	553180	548025	551875
Japan	1.935000	2.005000	1.957000	1.961975
Rio de Janeiro	378050	384975	389015	394985
Wien 100 Kr.	59850	60150	59850	60150
Prag 1 Kr.	124188	124812	123885	124310
Budapest 1 Kr.	220445	221555	219945	220055
Sofia	29925	30075	29426	29574
Jugoslawien	47850	48120	47680	47920

(Alles in Millionen Mark.)

Zugeteilt wurden Devise: Holland 10, Dänemark 15, Schweden 50, England 10, Newyork 6 Prozent; alle übrigen voll.

Der Dollar am 21. XII. 23

Dollarkurs Geld: 4 189 500 000 000
Brief: 4 210 500 000 000

...natürlich noch ein Koffer
2 Goldmark liegt und ei-
...chnellzüge und Gepäck. Diese
...icht so groß, daß man sie
...utritt der Reise zu erschwin-
...s so unternimmt, das Geld
...zurücklegen oder anderen
...d die Kosten leichter zu er-
...in nicht zu unterschätzender
...Einrichtung ist auch, daß
...wieder angeregt wird, der
...hoffentlich noch nicht ganz

...gesandt.
...ieser Rubrik übernimmt die
...ßgesetzliche Verantwortung.)
...dt vom 14. Dezember 1923
...ndern, daß die Angaben den
...icht entsprechen, daß der
...te G. erklärt habe, es seien
... die Leute sollten mit dem
... Durch amtliche Verneh-
... worden, daß keiner der
... die angegebenen Worte ge-
... Also — — Eine weitere
...rechtzeitig angeforderte und
...en ist hier nicht angebracht.

...erschenken.
... wer will es leugnen? —
... Buch sich eignen.
...s schmuck und nett,
... Tisch und Bücherbrett,
...r, ist stets bereit,
...u jeder Zeit.
... wann dir's gefällt,
...ndre Welt,
..., kannst dich erlaben,
...angeweil zu haben,
...r den Mißmut heben,
...ge miterleben.
...as Herz bewegt,
... und angeregt,
...sheit und Erfahrung
... die geist'ge Nahrung.
...Buch gewährt,
...uch aufgezehrt.
...'s Buch noch rar,
... zum Antiquar,
...selt'ne Stück
...ezahlt, zurück.
...d handle klug:
...r selbst ein Buch!

* *

...ilder schmücken das Haus,
... und Zimmer.
...cht wie ein Blumenstraß,
...uns immer!
...cht nur Alt und Jung
...en geleiten,
...r Erinnerung
... Zeiten.
...ie ein Sonnenschein,
...en Wänden,
...nschen man erfreu'n
... spenden.

...23!
...et!
...e 3.
...Art.
...en
...en, Brief-
...r Auswahl,
...garnituren
...nd Holz
...agen!
...roffen!
...Ruhr

daß Staatssekretär Bergmann Vorschläge irgendwelchen Wertes gemacht habe. Die französische Regierung hätte Vorschläge des deutschen Botschafters Dr. Mayer zurückgewiesen, wirtschaftliche Operationen zwischen deutschen und französischen Industriellen herbeizuführen. Was man an Vorschlägen hätte erlangen können, sei eine Zahlung von 20 Milliarden bei einer Gesamtschuld von 132 Milliarden, eine Summe also, die Deutschland am 1. Mai 1921 hätte bezahlen müssen. Hätte man das Ruhrgebiet nicht besetzt, so würde Deutschland alle Zahlungen eingestellt haben. Wenn es Herr der Kohle und des Eisens im Ruhrgebiet geblieben wäre, würde es bald auf die Forderungen Frankreichs erklärt haben, „kommt, sie zu holen". Dann wäre es zu spät gewesen; Frankreich hätte zur günstigen Stunde gehandelt. Wäre man früher vorgegangen, dann hätte man nicht die Feststellungen der Verfehlungen durch den Wiederherstellungsausschuß gehabt. Deutschland habe begriffen, daß die Partie entscheidend sei und habe deshalb alles zur Störung der Aktion Frankreichs unternommen.

Poincare stellt dann die Behauptung auf, daß alle wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands, die der Abg. Blum der Ruhrbesetzung zugeschrieben habe, durch den passiven Widerstand hervorgerufen seien. Frankreich habe keinen Anlaß gehabt, sich mit offenen Augen nach Einstellung des passiven Widerstandes Deutschland in die Arme zu werfen. Dank dieser Festigkeit sei das Verhalten Deutschlands auch nach einigen Wochen ein anderes geworden. Poincare bestreitet dann, daß die Ruhrbesetzung in Deutschland die Reaktion gefördert und die pazifistischen Bestrebungen der Sozialdemokraten verhindert habe. Alle Zahlen, die der Abg. Blum vorgebracht habe, seien der schlechtesten Zeit der Ruhrbesetzung entnommen. Diese Zahlen seien viel ertragreicher, als der Abg. Blum angenommen habe. Auch die Einnahmen der Regie würden immer produktiver.

Die französische Regierung habe Gnadenakte vorgenommen und werde weitere vornehmen, je nachdem der normale Zustand wiederkehre. Er werde auch mit Berlin nicht über die Zukunft der rheinischen Bevölkerung verhandeln, deren Freiheit er zu respektieren entschlossen sei.

Im weiteren Verlauf seiner Rede erklärte Poincare weiter, damit Verhandlungen möglich seien, sei es nötig, daß die deutsche Regierung Anstrengungen unternehme, um die Finanzen zu sanieren, Reparationen zu zahlen und ernste Garantien für ihre friedlichen Absichten zu geben. Dem Völkerbund könne er kein Vertrauen schenken.

Bei der Besprechung der im Ruhrgebiet abgeschlossenen Verträge erklärte Poincare noch, die Sachleistungen müßten zuerst für die Begleichung der Besetzungskosten und dann für die Reparationszahlungen dienen.

Die weitere Aussprache über die Interpellationen wurde nach der Rede Poincares auf nächsten Freitag vertagt.

Die Westmark.

In der Kreistagssitzung des Kreises Neuß am 19. Dezember sprach der Landrat Dr. Gröner zur Begründung der vom Landkreise mitzutragenden Bürgschaft für die Ausgabe der Westmark das kommende wertbeständige Zahlungsmittel der rheinisch-westfälischen Goldnotenbank. Der Redner gab darauf kurz einen Ueberblick über die Entstehung der Pläne zur Errichtung der rheinischen Goldnotenbank und zur Ausgabe der Westmark oder der rheinischen Rentenmark. Die Westmark solle, wie die Rentenmark im unbesetzten Gebiet als Ueberleitung zur Goldwährung innerstaatliches interimistisches Zahlungsmittel werden, zur Stabilisierung der Wirtschaft und zur Kreditgewährung an die Gemeinden. Sie werde gedeckt durch gemeinschaftliche Bürgschaft der gesamten Kommunalverbände. Ihr Grundkontingent beziffere sich auf 300 Millionen. Das gesamte im besetzten Gebiet umlaufende Notgeld betrage etwa 187 Trillionen gleich 187 Goldmillionen. Die meisten Gemeinden seien augenblicklich in übler Lage, weil sie ihr ausgegebenes Notgeld mit eigenen Mitteln nicht einlösen können. Auch der Landkreis Neuß habe Notgeld schaffen müssen, weil bei der Reichsbank kein Geld zu erhalten war. Von Berlin sei man zur Ausgabe von Notgeld aufgefordert worden. Der Landkreis habe von Anfang an in der Notgeldwirtschaft eine gewisse Vorsicht walten lassen. Von dem ausgegebenen Notgeld sei kein Pfennig ungedeckt. Dem Landkreise werde es dadurch möglich sein, mit eigener Kraft sein Notgeld wieder an sich zu bringen. Die 300-Gold-Millionen-Anleihe, die von den Gemeinden der Landesbank zur Verfügung gestellt würde, müßte mit 6 Prozent verzinst werden. Davon erhalten 4 Prozent das Reich und 2 Prozent die Landesbank für Druck und Verwaltung. Ein Reichskommissar wird die Finanzgebarung überwachen. Die geplante Goldnotenbank mache das wertbeständige interimistische Notgeld nicht überflüssig. Es handle sich darum, die Büroschaftsübernahme für die Westmark zu beschließen. Wenn ein Kreis die Sache nicht mitmache, so trage er doch die Haftung. Der Redner hält die Haftpflicht für völlig unerheblich; entweder wird mit der Westmark die Stabilisierung erreicht oder die Westmark verfalle der Inflation. In letzterem Falle habe aber die Erfahrung gelehrt, daß der Ausgeber nicht den Schaden trage. Zu wünschen bleibe, daß die Westmark nicht ein Prozent Inflation bekomme. Befürchtungen, daß die Westmark gehamstert werde, teile er nicht, da nicht zu viel davon ausgegeben werden. Weiter hat die Regierung auch eine Verordnung in Vorbereitung, daß die Kommunalverbände ihre Steuern und Gebühren in Westmark erheben können. Dadurch bleibe das Geld ständig im Umlauf. Die Westmark werde dadurch wertbeständiges Zahlungsmittel. Durch Verzögerung in den Verhandlungen mit der Rheinlandkommission sei die Ausgabe der Westmark, die bereits am 1. Januar erfolgen sollte, noch hinausgeschoben worden. Die Einlösung der Westmark wird in derselben Weise wie bei der Rentenmark erfolgen. Die Westmark sei keine Auslandsdevise. Was übrigens in der Devisenzuteilung an die Kommunalverbände des besetzten Gebietes geleistet sei, sei skandalös. Die Devisenbeschaffung im Rheinland müsse anders werden. — Bürgermeister Grootens aus Büttgen empfahl als Mitglied des Provinziallandtages die Förderung der Westmark als Vorbereitung der Goldmark und die Förderung der Goldnotenbank. Gefahren seien mit der Westmark für die Gemeinden nicht verknüpft. Der Kreistag erklärte sich einstimmig für die Büroschaftsübernahme.

* **Düsseldorf**, 21. Dez. Die Verhandlungen über das wertbeständige Notgeld für das besetzte Gebiet werden in Koblenz mit der Rheinlandkommission fortgeführt. Es ist ein neuer Verhandlungsvorschlag der kommunalen Körperschaften der Rheinlandkommission unterbreitet worden, von dem man hofft, daß er [illegible] stimmung der Kommission finden werde. Das Ergebnis dann mit Anfang des neuen Jahres [illegible]

Politische Umschau

Deutsches Reich.

Reichsrat.

wtb **Berlin**, 20. Dez. Der Reichsrat stimmte in seiner heutigen Sitzung dem Gesetzentwurf zur Aenderung des Wahlgesetzes zu. Gegenüber gewissen Einwendungen seitens der Ausschüsse des Reichsrats führte der Berichterstatter aus, daß die Reichsregierung eine Erklärung abgegeben habe, wonach sie beabsichtige, sobald wie möglich dem Reichsrat erneut eine Novelle vorzulegen, in der den preußischen Wünschen entsprechend eine Aenderung des Wahlkreises Berlin—Potsdam vorgeschlagen werde und ferner die Zahl der Reichstagsabgeordneten herabgesetzt werden soll.

Der Antrag des Vertreters der Provinz Sachsen über gewisse Mißstände im Reich, insbesondere den militärischen Ausnahmezustand, wurde wiederum von der Tagesordnung abgesetzt. Zu dem Entwurf eines Verteilungsplanes für die von den Ländern zu übernehmenden Lagerflüchtlinge aus den aufgelösten Flüchtlingslägern wurde vorläufig eine Zwischenlösung angenommen dahingehend, daß zunächst 25 v. H. der Gesamtzahl der Flüchtlinge von den Ländern zu übernehmen seien.

Ferner nahm der Reichsrat eine Verordnung über Umstellung der Gebühren für Zeugen und Sachverständige auf Gold an, jedoch mit der Maßgabe, daß etwa nur drei Viertel der Höhe der Friedenssätze festgesetzt wird. Schließlich genehmigte der Reichsrat die von der Roggenrentenbank beantragte Umwandlung in eine Hypothekenbank.

Liebesgaben aus der Schweiz.

wtb. **Berlin**, 21. Dez. Das schweizerische Komitee für Kinderhilfe ließ in der vergangenen Woche 28 Waggons Liebesgaben, davon 14 Waggons Kartoffeln, nach Deutschland abgehen. In München wird eine zweite Suppenküche vom Hilfskomitee Luzern eingerichtet. Ferner werden Suppenküchen eingerichtet von Herisau in Pforzheim, vom Kanton Graubünden voraussichtlich in Augsburg, von Thun und Interlaken in Lahr (Baden) und von Brugg in Rottweil. Für deutsche Ferienkinder ist wieder eine überaus große Anzahl von Freiplätzen gemeldet.

Die Holzlieferungen.

bb **Köln**, 21. Dez. Wie der Köln. Ztgg. aus Essen berichtet wird, haben die Beschlagnahmungen von Holzvorräten durch die Besetzungsbehörden im besetzten Gebiet seit kurzem aufgehört. Wie in einer Besprechung der Verbände der Holzinteressenten mit Vertretern der Besetzungsbehörde gestern mitgeteilt wurde, wollen die Besetzungsbehörden von weiteren Holzbeschlagnahmungen überhaupt Abstand nehmen, wenn die Verbände von sich aus gewisse Holzmengen als Reparationslieferungen regelmäßig an die Besetzungsmächte abliefern. Die in Betracht kommenden Verbände wollen sich nun an die zuständige Stelle in Berlin wenden, um mit dieser darüber zu verhandeln, ob und in welchem Umfange derartige Holzlieferungen zu Reparationszwecken erfolgen sollen. Die seit der Ruhrbesetzung beschlagnahmten und größtenteils abtransportierten Holzvorräte sind sehr groß. Allein im Ruhrgebiet sind 24 Sägewerke und Holzhandlungen beschlagnahmt worden; dazu kommen umfangreiche Beschlagnahmungen von Holz in Süddeutschland, namentlich in den Rheinhäfen.

Düsseldorfer Schupoprozeß.

bb **Düsseldorf**, 21. Dez. (Tel.) In der heutigen Verhandlung wurden weiter französische Belastungszeugen vernommen, darunter auch der Separatistenführer Matthes. Die Aussagen belasteten die Angeschuldigten, bieten aber keinen Anlaß zu ausführlicherer Wiedergabe. Morgen wird die Verhandlung fortgesetzt.

Ausland.

Kriegszustand zwischen England und Afghanistan.

wtb **London**, 21. Dez. (Tel.) Daily Expreß teilt mit, wenn nicht seitens des Emirs von Afghanistan eine Genugtuung für die Ermordung der britischen Offiziere und ihrer Frauen durch die Auslieferung oder Aburteilung der Mörder gegeben werde, würden die diplomatischen Beziehungen zu Afghanistan abgebrochen werden. Auf die Rückbeförderung der englischen Frauen aus Kabul nach den englischen Gebieten würde dann die Abberufung des britischen Vertreters in Kabul und die Schließung des Khaiberpasses gegen jeglichen Handel mit Afghanistan folgen. Es besteht keinerlei Absicht, Truppen nach Afghanistan zu entsenden. Der diplomatische Druck würde als ein wirksamer angesehen. — Der Berichterstatter der Daily News in Bombay meldet dagegen, die britische Regierung plane energische Maßnahmen an der Nordwestgrenze. Mehrere Demonstrationen durch Flugzeuge seien in der letzten Zeit durchgeführt worden.

Das englische Unterhaus.

wtb. **London**, 22. Dez. (Tel.) Das englische Unterhaus setzt sich endgültig wie folgt zusammen: 258 Konservative, 192 Mitglieder der Arbeiterpartei, 157 Liberale und 8 andere, zusammen 615 Abgeordnete.

Beamtenabbau in den Städten.

Die große finanzielle Bedrängnis der Städte, ferner die aus gleichem Anlaß von der Reichsregierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassene Verordnung zum Personalabbau des Reichs vom 27. Oktober d. J., und der unmittelbar bevorstehende gesetzgeberische Schritt Preußens mit im wesentlichen gleichen Zielen zwingen in Verbindung mit dem einschneidenden Abbau der Reichsbesoldungszuschüsse zum 1. Januar und 1. April n. Js. die Gemeinden zu sehr weitgehenden Entschlüssen. Diese müssen unausweichlich durchgeführt werden, und zwar so schnell als möglich! Zur Vorbereitung dieser Entschließungen waren die Verwaltungsdirektoren der Großstädte des rhein.-westfäl. Industriebezirks unter dem Vorsitz des Magistratsrat Textor, Dortmund, vor einigen Tagen im Rathaus in Essen zu einer Erörterung zusammengetreten. In Uebereinstimmung mit der Stellungnahme des Städtetages und den bisherigen Auslassungen der Fachpresse zur Personalabbauverordnung war auch die Konferenz der Verwaltungsdirektoren der Auffassung, daß zur Erzielung wirklich durchgreifender Ersparnisse in der Verwaltung der Städte auf persönlichem Gebiete nicht nur ein Personalabbau nach dem willkürlichen Schema der genannten Reichsverordnung, sondern in erster Linie ein Aufgaben- und Dienststellen-Abbau zu betreiben sei, daß also der unmittelbare Personalabbau mehr sekundäre Bedeutung habe. Die sich aus dem Verwaltungsabbau ergebenden Aufgaben würden sowie auf verschiedenen Gebieten liegen, hinsichtlich deren die Konferenz eine ausgedehnte Zahl von Vorschlägen und Anregungen festlegte, deren Erörterung hier zu weit führen würde. Es wird Sache der örtlichen Verwaltungen sein, nunmehr hierzu Stellung zu nehmen. Die Konferenz war sich darüber klar, daß ihre aus rein sachlichen Erwägungen heraus entstandenen Anregungen auf vielfachen Widerspruch und Widerstand stoßen werden. Sie hat aber aus ihrer Kenntnis der Organisation der Stadtverwaltung und der zeitigen bedauerlichen Notwendigkeiten unbeeinflußt von Tagesmeinungen und irgendwie gearteten politischen Erwägungen geglaubt, ihre Vorschläge und Anregungen zur Verwirklichung des unter allen Umständen zu erreichenden Zieles eines durchgreifenden und nachhaltigen Abbaus der Verwaltungskosten machen zu sollen. Sie hat dabei die Hoffnung ausgesprochen, daß ihre Ausführungen in gleicher Sachlichkeit vorurteilslos gewürdigt werden und zur Auswirkung gelangen.

*

In einer Besprechung des Beamtenabbaues weist das Berl. Tagebl., das sich bei der trostlosen Finanzlage der Gemeinden kein Ausweg zeige und fährt dann fort:

Um so notwendiger erscheint es, wenigstens alle vermeidbaren Härten bei dieser für alle Beteiligten sehr peinlichen Aktion auszuschalten. Mit Recht hat gerade in den Kreisen der erfahrenen und bewährten Beamten die Herabsetzung der Altersgrenze Anstoß erregt. Schon eine Grenze von 65 Jahren ist für die heutige Zeit, in der jeder einzelne, soweit er noch leistungsfähig ist, auch arbeiten sollte, eine bedenkliche Maßnahme. Diese Altersgrenze noch um fünf oder mehr Jahre zurückzuschrauben, bedeutet nichts anderes, als daß zahlreiche in bester Arbeitskraft stehende Personen zwangsweise zu Müßiggängern gemacht werden. Und da sie im allgemeinen bei ihrer Zwangspensionierung etwa vier Fünftel ihrer bisherigen Gehälter weiter beziehen, so ist auch nicht recht einzusehen, wie die Gemeinde auf diesem Wege irgendwelche ins Gewicht fallenden Ersparnisse machen sollte. Zum mindesten muß sie diese Verminderung ihrer Ausgaben mit dem Verlust zuverlässiger, in den Geschäften geübter Beamten recht teuer bezahlen. Es wäre völlig verkehrt, wollte die Gemeinde bei der Bemessung der Altersgrenze rein nach dem Schema verfahren. Eine Differenzierung nach der Leistungsfähigkeit des einzelnen ist unbedingt erforderlich, wenn nicht das Gegenteil der erhofften Wirkung erreicht werden soll.

Eine der schwierigsten Fragen bei der Beamtenverminderung ist die Stellung zu den verheirateten Beamtinnen, sofern auch der Ehemann erwerbstätig ist. Besonders ist die Zahl verheirateter Lehrerinnen, deren Ehemänner gleichfalls im Lehrerberuf tätig sind, verhältnismäßig groß. Man wird nicht bestreiten können, daß bei solchen Doppelexistenzen der unvermeidbare Abbau noch am erträglichsten erscheint. Es sieht aber so aus, als ob diese verheirateten Lehrerinnen keine besondere Neigung haben, sich in Zukunft ihren häuslichen Pflichten zu widmen. Eine nicht unerhebliche Zahl hat erklärt, daß sie sich scheiden lassen würden, und in einem besonderen Falle hat die betreffende Lehrerin sogar eine Bestätigung ihres Anwalts, daß sie die Scheidungsklage bereits eingereicht habe, beigefügt. Dieses gerade für Jugendbildnerinnen nicht sehr heroische Verhalten läßt doch wohl darauf schließen, daß der Lehrerinnenberuf vor menschlichen Schwachheiten nicht unbedingten Schutz gewährt. Aber man darf durch derartiges Beiwerk sich über die Schwierigkeiten des Beamtenabbaus nicht hinwegtäuschen lassen. Tatsächlich bedeutet diese leider unumgängliche Maßnahme für zahlreiche Einzelexistenzen und in noch höherem Maße für die Familien der davon Betroffenen eine schwere Gefahr. Schon aus diesem Grunde läßt sich der Beamtenabbau nicht übers Knie brechen, sondern er muß in allen seinen Konsequenzen gründlich und mit menschlicher Teilnahme erörtert werden.

Der Postpaketverkehr mit dem besetzten Gebiet.

wtb **Köln**, 21. Dez. (Privattel.) Der Zollausschuß der Interalliierten Rheinlandkommission erließ, wie der Köln. Ztg. aus Koblenz mitgeteilt wird, am 15. Dez. eine Bekanntmachung, nach der der Postpaketverkehr folgendermaßen geregelt wird:

Für die Einfuhr aus dem unbesetzten Deutschland sind die Zulaufsgenehmigungen für Postpakete abgeschafft. Die Verzollung solcher Pakete findet ausschließlich bei den inneren Zollbureaus oder, falls ein solches Zollbureau nicht am Platze ist, in dem nächstgelegenen Zollbureau statt. Für alle Gattungen der Postpakete ist eine einheitliche Taxe vorgesehen. Pakete mit Nahrungs- und Genußmitteln bleiben frei. Für Postpakete mit anderem Warenninhalt wird eine Einfuhrtaxe von 25 v. H. des interalliierten Zolltarifs erhoben. Die Taxen sind folgende: Pakete von weniger als 5 Kilogramm 40 Goldpfennig, 5 bis 10 Kg. 80 Goldpfennig, 10 bis 15 Kilogr. 1,20 Goldmark, 15 bis 20 Kilogr. 1,60 Goldmark. Die Erhebung findet in anerkannten Devisen statt nach einem Kurs, der wöchentlich vom leitenden Zollausschuß bekanntgegeben wird.

Für die Ausfuhr nach dem unbesetzten Deutschland gelten dieselben Vorschriften. Die Ablaufsgenehmigungen sind abgeschafft. An ihrer Stelle wird eine einheitliche, auf 50 v. H. der obenerwähnten Gebühren festgesetzte Taxe erhoben, also 20, 40, 60 und 80 Goldpfennig. Postpakete mit Nahrungs- und Genußmitteln sind bei der Ausfuhr auch der einheitlichen Taxe unterworfen. Der Ablaufsgenehmigung weiter unterworfen bleiben: Edelmetalle oder Fabrikate aus diesen, Edelsteine und Halbedelsteine, Kunstwerke, Seiden und Seidenfabrikate, Tabak, Zigarren, Zigaretten, Pelze oder Kürschnerwaren, Elfenbein und dessen Imitationen, Jett, optische und Präzisionsapparate, Uhren und Uhrwerke. Die Bestimmungen für die Ein- und Ausfuhr vom besetzten Gebiet nach dem Ausland oder umgekehrt bleiben bestehen. Lizenzen müssen beantragt und die Zollgebühren des interalliierten Zolltarifs entrichtet werden. Der Transitverkehr durch die besetzten Gebiete wird folgendermaßen geregelt: Vom Ausland kommende Postpakete nach dem unbesetzten Deutschland werden im besetzten Gebiet in einem für jeden Bezirk bestimmten Zollbureau verzollt und darauf ihrem Bestimmungsort zugeführt. Postpakete, die vom unbesetzten Deutschland her die besetzten Gebiete durchlaufen, werden als internationale Transitwaren behandelt, ebenso wie Postpakete, die vom nichtdeutschen Ausland nach dem nichtdeutschen Ausland durch die besetzten Gebiete gehen. Postpakete für die Kölner Zone werden bis auf weiteres im Grenzzollbureau der interalliierten rheinischen Verwaltung verzollt.

Weihnachtspakete für das Ruhrgebiet.

wtb **Berlin**, 21. Dez. (Tel.) Der Weihnachtspaketverkehr der Post ist außer nach dem altbesetzten Gebiet jetzt auch nach dem Ruhrgebiet zugelassen.

Arbeitsfragen.

Urabstimmung über das Arbeitsabkommen.

wtb **Köln**, 21. Dez. (Privattel.) Wie die Köln. Ztg. aus dem Ruhrgebiet meldet, liegt jetzt das Gesamtergebnis der Urabstimmung, die der Deutsche Metallarbeiterverband zum Arbeitsabkommen in der Schwereisenindustrie für die nordwestliche Gruppe veranstaltet hat, vor. Es haben sich 40 000 Stimmen gegen das Abkommen und nur 550 dafür ergeben. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß nur die Leute abstimmen durften, denen nicht durch die Eigenart ihrer Arbeit der Achtstundentag auch in dem neuen Abkommen ohnehin gesichert ist. — Aus Kreisen des Deutschen Metallarbeiterverbandes erfährt das Wtb., daß die Leute des Verbandes nach Ablauf ihrer achttägigen Schicht die Betriebe verlassen werden. Die Christlichen und die Hirsch-Dunckerschen haben dem Abkommen zugestimmt.

Der Arbeitsmarkt.

bb **Berlin**, 21. Dez. Die Lage des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft von Ende November bis in die erste Dezemberhälfte hinein wird vom Reichsarbeitsblatt dahin gekennzeichnet, daß hier und da eine Verlangsamung des wirtschaftlichen Niederganges zu erkennen sei. Zwar nahm die Zahl der Arbeitslosen noch weiter zu, aber dies war mehr als Folge der Wirtschaftslage in dem vergangenen Zeitraum zu werten und nicht so sehr als Kennzeichen der gegenwärtigen Wirtschaftsentwicklung. Diese wird vielmehr gekennzeichnet durch eine leichte Belebung im Eingang von Aufträgen, die sich, wenn auch nur teilweise, bereits im Beschäftigungsgrad der Betriebe und im verminderten Maße der Kurzarbeit und in einer etwas vermehrten Nachfrage nach Arbeitskräften auswirkte. Allerdings sind diese Zeichen einer günstigeren Entwicklung nur für einzelne Gegenden und für einzelne Berufszweige feststellbar. Soweit demnach eine Besserung der Wirtschaftslage hervortritt, ist sie naturgemäß nicht unbeeinflußt von dem bevorstehenden Weihnachtsfest. Das Vertrauen, welches die neue Währungspolitik in der Bevölkerung gefunden hat, muß sich früher oder später auch in der Wirtschaft widerspiegeln. Es hat bereits in gewissem Umfang zu einem Abbau der Risikozuschläge des Handels und der Erzeugung geführt. Im besetzten Gebiet lag die Wirtschaft auch in der zweiten Novemberhälfte meist noch still. Welche Wirkungen sich dort für das Wirtschaftsleben aus dem Abschluß der Verträge der Industriellen mit den Besetzungsmächten ergeben werden, bleibt abzuwarten. Eine Belebung des Arbeitsmarktes in der nächsten Zeit ist nach amtlicher Auffassung zu erhoffen.

Aus Nah u. Fern.

Doch Bierpreisermäßigung.

* **Essen**, 21. Dez. Der Verband niederrheinischer Brauereien (Essen, Mülheim, Duisburg) hat die Bierpreise mit sofortiger Wirkung ermäßigt. Es kostet das Hektoliter Lagerbier 36, Exportbier 40, Bier nach Pilsener Art 45 Goldmark. Nach den Feiertagen ist mit einem weiteren Rückgang zu rechnen.

Das neue Wiesbadener Theater.

bb **Berlin**, 21. Dez. Einer Blättermeldung aus Wiesbaden zufolge wurde gestern abend das neue Wiesbadener Theater, das an Stelle des am 13. März 1922 abgebrannten erbaut worden ist, mit einer Vorstellung des Lohengrin eröffnet.

Unterschlagungen bei der Post in München.

* **München**, 20. Dez. In München ist man einer großen Unterschlagung von Gold- und Silbergeld, sowie Devisendiebstählen durch Postbeamte auf die Spur gekommen. Verschiedene Beamte von Münchener Postämtern, und zwar vier Postsekretäre, ein Assistent und zwei Hilfs-Postschaffner sind verhaftet worden. Die vom Publikum am Schalter zum Umtausch in Papiermark abgegebenen Gold- und Silbermünzen wurden in vielen Fällen von den Beamten zurückgehalten und unterschlagen. Einer der Beteiligten, ein Hilfs-Postschaffner, stahl weiter aus Auslandsbriefen Devisen. Die Diebstähle wurden dadurch entdeckt, weil der Hilfs-Postschaffner seine Brieftasche verloren hatte, in der man eine Anzahl Devisen fand. Der Mann wurde dann überwacht und beim Diebstahl abgefaßt. Durch diesen Mann kam man dann auf die Unterschlagungen des Gold- und Silbergeldes. Bei den Festgenommenen fand man bis jetzt über 1000 Silbermark und 102 Goldmark.

Im Kanalschacht verunglückt.

wtb **Plauen**, 21. Dez. (Privattel.) In der Spinnfaserfabrik A.-G. in Elsterberg verunglückte ein Kupferschmied bei Lötarbeiten in einem Kanalschacht. Zwei Arbeitsgenossen, die ihn retten wollten, kamen ebenfalls ums Leben.

Ein gefährlicher Selbstmörder.

* **Montpellier** (Südfrankreich), 21. Dez. Der Arbeiter Paul Fabre machte seinem Leben auf originelle Weise ein Ende, die leicht den Tod weiterer Personen hätte zur Folge haben können. Nachdem er auf dem Bahnhof von Chapial eine unter Druck stehende Lokomotive entdeckt hatte, setzte er diese in Gang und legte sich dann auf die Schienen. Die Maschine ging über ihn hinweg und fuhr dann mit einer Geschwindigkeit von 15 Kilometer weiter. Inzwischen kam in entgegengesetzter Richtung eine andere Maschine gefahren, deren Führer die Gefahr noch rechtzeitig bemerkten und im letzten Augenblick abspringen konnten. Die beiden Maschinen und der Bahnkörper wurden schwer beschädigt.

Ein Flugzeug ohne Propeller.

* **Paris**, 20. Dez. Der französische Ingenieur [illegible] hat ein neues Flugzeug konstruiert, das keinen Propeller hat und mit einem besonderen Motor ausgerüstet ist, wodurch ganz außerordentliche Geschwindigkeiten erreicht sein sollen. So soll eine Geschwindigkeit von 700 Kilometer in der Stunde erreicht worden sein. Wenn diese Angaben sich bei der amtlichen Nachprüfung, die im Januar stattfinden wird, bestätigen werden, so würde der Flug Paris—London eine halbe Stunde, der Flug Paris—Moskau vier Stunden in Anspruch nehmen.

Besorgt.

„Kellner, bitte bringen Sie mir ein Schnitzel." — „Sofort, mein Herr." — „Aber ein großes, ich bin sehr nervös, jede Kleinigkeit regt mich auf."

Naiv.

„Ich bin in Breslau geboren und in [illegible] Schule gegangen." — „Und diesen Witz haben Sie täglich gemacht?"

Abonniert die „Schwerter Zeitung"!

Zum Geleit.

Hast du die Botschaft vernommen?
Mut! Und erhebe das Haupt!
Denn die Erlösung wird kommen!
Selig der, der da glaubt!

* * *

Erinnerungen.

1870 Rom wird Hauptstadt Italiens.
1902 Der Pinchiater Richard Freiherr v. Krafft-Ebing gestorben.
1915 General Emmich, der Held von Lüttich, gest.

Aus Stadt und Umgebung.

Schwerte, den 22. Dezember 1923.

Zum vierten Advent.

Der letzte Sonntag vor dem Fest ist gewöhnlich noch ein Tag voller Geschäftigkeit. So schön ein recht fleißiges Rüsten zur Weihnacht gerühmt werden mag, so nötig ist doch auch ein Stündchen der Stille vor der heiligen Nacht. Gerade sie kann uns so recht empfänglich machen für den Segen weihnachtlicher Gabe. Der vierte Adventssonntag will uns ja lehren, daß nicht ein äußerer Schmuck, nicht ein irdischer Glanz uns wahrhaft froh machen kann, sondern der stille Empfang ewigen Gutes in der Tiefe des Gemütes führt zum Frohseinserlebnis, zum Weihnachtsgewinn. Christi Kommen auf Erden soll Herzenserfahrung werden. Sein Geist will unsere Seele erquicken. Drum sei es unsere Bitte am letzten Advent:

Ach mache du mich Armen in dieser heilgen Zeit
Aus Güte und Erbarmen, Herr Jesu, selbst bereit.
Zieh in mein Herz hinein vom Stall und von der Krippen,
So werden Herz und Lippen dir allzeit dankbar sein!"

* * *

—* **Achtung, Hausbesitzer!** Die infolge des Schneefalls glatt gewordenen Straßen und Bürgersteige müsse nach polizeilicher Vorschrift mit Asche oder dergl. bestreut werden, um ein Ausrutschen unmöglich zu machen und Unglücksfällen vorzubeugen.

—* **Unsitte!** Nachdem nun der Winter sich durch den Schneefall eingestellt hat, geht auch schon wieder das Schneeballwerfen los! Daß die Lausebengels das Alter nicht ehren und auch auf die Auslagen der Geschäftshäuser nicht Rücksicht nehmen, kann festgestellt werden. Für solche Bengel wäre eine Tracht Prügel am besten. Jedenfalls dürfte sich auch die Polizei für solche Ausschreitungen interessieren.

—* **Neue Bilder vom Tage** sind eingetroffen und im Schaufenster unserer Geschäftsstelle in der Großen Marktstr. ausgestellt.

—* **Friedenspreise.** Die Freie Bäckerinnung von Schwerte und Umgegend bringt in heutiger Nummer eine Bekanntmachung betr. Brotpreise. Tatsächlich haben wir von heute an einen Brotpreis, der dem im Frieden entspricht.

—* **Volkslieder-Abend.** Am Mittwoch, den 26. Dezember (2. Weihnachtsfeiertag), nachm. 4 Uhr, veranstaltet der M.-G.-V. „Sängerbund" von Schwerte im „Reiche des Wassers" einen Volkslieder-Abend. Nach dem Konzert gemütliches Beisammensein.

Kreistag des Landkreises Hörde.

Schwerte, den 21. Dezember 1923.

Unter dem Vorsitz des Herrn Landrats Hansmann war heute vormittag der Kreistag des Landkreises Hörde zu einer Sitzung im hiesigen Rathaussaale zusammengetreten. 23 Kreistags-Abgeordnete waren zu dieser Tagung erschienen und in fünfstündiger Sitzung wurde eine reichhaltige Tagesordnung erledigt und für den Kreis wichtige Beschlüsse gefaßt.

Als erster Punkt stand ein Antrag der Kreisverwaltung auf Gründung einer

Kreisbank

zur Verhandlung.

In längeren Ausführungen begründete der Vorsitzende die Vorlage, die den Kreistag bereits vor zwei Jahren beschäftigt hat, aber seinerzeit vertagt wurde. Die beabsichtigte Gründung einer solchen Bank liege vor allem im Interesse der kleinen Geschäftsleute, die sich auf diesem Wege billige Kredite verschaffen und hierdurch auf die Preisgestaltung einwirken könnten. Sie liege aber auch im Interesse der Kommunalverbände und der Gemeinden, für die es immer schwieriger werde, sich die nötigen Mittel für ihre Zwecke zu verschaffen. Der Kreisausschuß habe größere Kredite zur Beschaffung von Lebensmitteln bereitgestellt, aber bis jetzt habe er noch keine Möglichkeit gehabt, diese Kredite unterzubringen. Die Kreditnot der Gemeinden sei ungeheuer groß und die Eingänge von Steuern würden immer kleiner. Die finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinden auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge würden gleichfalls immer größer und auch in diesem Falle würde die Kreisbank helfend eingreifen können. Träger der Kreisbank sollen die im Kreise bestehenden Sparkassen sein, es soll eine G. m. b. H. werden mit Einschluß auch der Stadt Hörde. Bei hundert Anteilen würde der Landkreis 10 Prozent für sich beanspruchen, die übrigen auf die Garantieverbände der Sparkassen entfallen. Es soll ein Aufsichtsrat aus den Sparkassen-Direktoren gewählt werden. Die Geschäfte der Bank soll im besetzten Gebiet der Sparkassen-Direktor Schneider-Hörde, im unbesetzten Gebiet Sparkassen-Direktor Schmidt-Schwerte leiten. Die nötigen Gelder zur Gründung der Bank will man sich durch Darlehen bei den Landesbanken in Münster und Düsseldorf verschaffen.

In der Aussprache gab Herr Küch-Hörde die Zustimmung der sozialdem. Partei zu der beabsichtigten Neugründung bekannt.

Herr Bürgermeister Rohrmann-Schwerte möchte noch verschiedene Fragen geklärt wissen, konnte sich aber der Notwendigkeit einer solchen Bankgründung nicht verschließen und erklärte sich im großen und ganzen mit der Neugründung einverstanden, vorausgesetzt, daß die neue Kreisbank an die im Kreise bestehenden Sparkassen angeschlossen wird, und die Sparkassen in ihrer Selbständigkeit nicht behindert werden.

Die Herren Reinehr-Schwerte und Braune-Kirchhörde sind mit der Gründung einverstanden, wenn dadurch keine neue Belastung des Kreises entsteht.

Die Herren Scharfe-Schwerte und Schlicho-Annen baten, mit Mut und Vertrauen an die neue Aufgabe heranzugehen.

Nach einer weiteren Aussprache, an der sich die Herren Hülsewig-Hombruch, Hulbrink-Sölde, Tengelmann-Holzwickede und der Vorsitzende beteiligten, wurde die Sitzung auf kurze Zeit unterbrochen, um den Fraktionen Gelegenheit zu einer Aussprache unter sich zu geben, und dann wurde die Vorlage unter folgenden, von Herrn Bürgermeister Rohrmann gestellten Bedingungen einstimmig angenommen:

1. Die Form der Kreisbank ist durch Statut festzulegen und zwar als G. m. b. H.

2. Die Selbständigkeit der Sparkassen muß unter allen Umständen gewahrt bleiben.

3. Mit Rücksicht darauf, daß die Geschäfte der Kreisbank an die Sparkassen übertragen werden, sind die Garantieverbände derselben zu hören.

Die folgenden Punkte fanden einstimmige Annahme. Es handelt sich um den Erlaß von Nachträgen zur Kreishundesteuer, zum Schank-Konzessionssteuer- und zum Kreis-Wertzuwachssteuer-Gesetz. Die Nachträge sehen bei Verstößen gegen die gesetzlichen Bestimmungen Geldstrafen in Höhe von 1 bis 1000 Goldmark vor.

Eine neue Gebühren-Ordnung für den Kreis sieht folgende Sätze vor:

A) Gewerbliche Angelegenheiten.

1. a) Genehmigung zur Errichtung der in § 16 der Reichsgewerbeordnung bezeichneten Anlagen, wenn die Kosten der Anlage

5 000 Goldmadk nicht übersteigen 5 Goldmk.
10 000 Goldmark nicht übersteigen 15 Goldmk.
30 000 Goldmark nicht übersteigen 25 Goldmk.
60 000 Goldmark nicht übersteigen 35 Goldmk.
100 000 Goldmark nicht übersteigen 40 Goldmk.

bei einem höheren Kostenbetrage für je 5000, 2 Goldmark.

b) Genehmigungen zu Veränderungen in der Betriebsstätte oder zu wesentlichen Veränderungen in dem Betriebe der Anlagen:

Die Hälfte der vorstehenden Sätze.

c) Bewilligungen von Fristverlängerungen und Fristungen: ein Viertel der vorstehenden Sätze.

2. Für Ausfertigung von Genehmigungsurkunden zur Anlegung von Dampfkesseln oder zur Aenderung von Dampfkesselanlagen sowie Bewilligung von Fristverlängerungen und Fristungen soweit nicht die Bestimmungen zu 1 in Anwendung kommen: 20 Goldmark.

3. Für Ausfertigung von Erlaubniserteilungen zum Handel mit Giften, ferner Betriebe der Pfandleih-, Pfandmittler, Gesindevermieter- oder Stellenvermittlergeschäfte, sowie des Gast- und Schankwirtschaftsbetriebes, alkoholfreier Wirtschaften und Trinkhallen: 10 Goldmark.

4. Für die Ausfertigung des ablehnenden Bescheides, bei Stellung eines Antrages auf Erteilung der zu 1—3 bezeichneten Genehmigungen usw.: 5 Goldmark.

B) Bauangelegenheiten.

Ausfertigung von Genehmigungsurkunden zur Errichtung neuer Ansiedlungen, oder Befreiung von der Innehaltung baupolizeilicher Vorschriften (Bau-Dispense.)

C) Jagd- u. Fischereiangelegenheiten.

1. Für Ausfertigung von Genehmigungsbeschlüssen zur Bildung von Jagdbezirken (§ 7 Absatz 2 und 3 der Jagdordnung vom 15. Juli 1907) zur Verpachtung der Jagdnutzung an mehr als 3 Personen oder an eine Jagdgesellschaft, zu Weiterverpachtungen sowie zur Herabsetzung oder Erhöhung der Pachtzeit: 10 Goldmark.

2. Für Ausfertigung von Beschlüssen in den im Fischereigesetz vom 11. Mai 1906 vorgesehenen Fällen, soweit es sich nicht um ein Verwaltungsstreitverfahren handelt: 5 Goldmark.

D) Steuerangelegenheiten.

Für Ausfertigung von Entscheidungen auf Einsprüche gegen Steuerveranlagungen, wenn der Einspruch als unbegründet zurückgewiesen wird: **5 Goldmark.**

E) Sonstige Angelegenheiten.

1. Erteilung von Abschriften jeder Art pro Seite 0,30 Goldmark. Angefangene Seiten gelten als voll.

2. Erteilung von schriftlichen Auskünften in Privatsachen insbesondere von Rechtsauskünften 5 Goldmark.

Die Gebühren Buchstabe A—E sind nach dem am Zahlungstage jeweils gültigen Goldmarkkurs für die Landabgabe zu entrichten.

Ein Antrag Reinehr, die beiden letzteren Sätze ganz fallen zu lassen, wurde gegen 2 Stimmen abgelehnt, nachdem vom Vorsitzenden ausdrücklich die kostenlose Erteilung von mündlichen Auskünften zugesichert war.

Einer Erhöhung der Wohnungsbauabgabe auf 245 600 Prozent stimmte der Kreistag gegen 2 Stimmen zu. Es handelt sich um eine formale Sache, da der Kreisausschuß bereits vorher beschlossen hat, von der Erhebung der Abgabe überhaupt abzusehen.

Mit der vorgeschlagenen Satzung über die Zusammensetzung der Kreis-Hebammenstelle erklärte sich der Kreistag einverstanden. Bei dieser Gelegenheit wurde gegen die hohen Gebührensätze der Hebammen Stellung genommen und der Kreisausschuß beauftragt, bei der Regierung dieserhalb ganz entschieden vorstellig zu werden. Es gehe nicht an, daß die Sätze der Hebammen höher seien, als diejenigen der praktischen Aerzte im Kreise.

Der Wahl eines Ausschusses gemäß § 2 des Gesetzes über den Verkehr mit Grundstücken stimmte der Kreistag zu und erteilte seine Zustimmung zu der kostenlosen Abtretung einer Wegefläche am Brückenkopf Barop an die Reichsbahnverwaltung in Essen.

Analog des Beschlusses auf Errichtung der Kreisbank erklärte sich der Kreistag mit der Uebernahme einer selbstschuldnerischen Bürgschaft für ein bei der rheinischen Landesbank aufzunehmendes Darlehen in Höhe von 300 Millionen Goldmark einverstanden.

Als letzter Punkt stand ein Dringlichkeits-Antrag „Was gedenkt der Kreis für die Erwerbslosen zu tun?" zur Verhandlung und führte zu einer großen Aussprache. Von den Erwerbslosen von Barop-Kirchhörde war hierzu ein schriftlicher Antrag eingereicht worden, der eine einmalige Zuwendung von 200 Goldmark, kostenlose Lieferung von Kohlen und Kartoffeln, Milch für Säuglinge usw. verlangt. Forderungen, die nach der Ansicht des Vorsitzenden unerfüllbar sind. Im übrigen kenne er keine Erwerbslosen, sondern nur eine Arbeitsgemeinschaft, mit der er verhandle.

Herr Küch vom Kreiswohlfahrtsamt gab einen allgemeinen Ueberblick über das, was der Kreis bisher getan habe, um den Erwerbslosen zu helfen. Der Landkreis Hörde sei der erste im besetzten Gebiet gewesen, der helfend eingegriffen habe. Die Ruhrspende sei zum Ankauf von Lebensmitteln für die Volksküchen des Kreises, die sehr segensreich arbeiten, verwandt worden. Gegenwärtig beständen im Kreise 21 Volksküchen, in denen zirka 8000 Personen täglich gespeist würden. Bis zum Abbruch des passiven Widerstandes hätten die Volksküchen dem Kreise keinen Pfennig gekostet, jetzt müsse er aber mit seinen Mitteln helfend eingreifen. Neben den Lebensmitteln für die Volksküchen habe der Kreis auch für Kleidung, Schuhe und Feltwaren für die Erwerbslosen gesorgt. In der Woche vom 2.—8. Dezember seien 373 Zentner Fett, in der vorigen Woche 670 Zentner kostenlos an die Erwerbslosen abgegeben worden. Weiter seien bis jetzt 170 000 Brote verteilt worden. Leider liege die Milchversorgung sehr im Argen! Er glaube nicht, daß die Landwirtschaft den Ernst der Stunde erkannt habe. Es gebe doch zu denken, wenn nach einem Bericht der Polizeiverwaltung Aplerbeck ein Landwirt dieses Amtes bei einem Bestande von 17 Kühen nur 38 Liter Milch erziele, davon fünf Liter im eigenen Haushalt verbrauche, 17 an 2 Kälber verfüttern und nur den Rest verkaufe. Die Ernährungslage des Kreises im allgemeinen sei befriedigend.

Herr Kühl-Sölde nahm die Landwirtschaft gegen die Vorwürfe Küchs in Schutz; der östliche Teil des Kreises sei von jeher Zuchtgebiet gewesen und habe daher immer weniger Milch produzieren können, als der westliche Teil desselben.

Herr Landrat Hansmann gab zu, daß die den Erwerbslosen gezahlten Sätze zu niedrig seien, aber die Hilfe des Kreises sei durch die zur Verfügung stehenden Mittel bedingt. Für die Erwerbslosen müsse jedoch unter allen Umständen gesorgt werden und zwar so gesorgt werden, daß ihre Arbeitskraft der Allgemeinheit erhalten bleibe. Die gestellten Forderungen der Erwerbslosen von Barop-Kirchhörde könne der Kreis jedoch nicht erfüllen. Wenn er jedem 200 Goldmark auszahlen solle, müßten ihm 15 Millionen Goldmark zur Verfügung gestellt werden und wo er diese Summe hernehmen solle, wisse er nicht. Er habe kum so viel flüssige Mittel, um das an die Erwerbslosen verteilte Mehl bezahlen zu können, von den Kosten für die Fette ganz zu schweigen. Der Kreis habe alles getan, was in seinen Kräften stand, den Erwerbslosen zu helfen und würde dieses auch in Zukunft tun.

Herr Schlicho-Annen wollte einen Beschluß des Kreistages herbeiführen, durch den die Regierung zur Zahlung höherer Unterstützungssätze an die Erwerbslosen aufgefordert wird. Weiter verlangte er von der Regierung einen Druck auf die Industrie, die Betriebe wieder in Gang zu setzen. An die gesamte Arbeiterschaft richtete er die dringende Mahnung, nur ihren berufenen Führern zu folgen und die in Berlin getroffenen Abmachungen der Arbeitsgemeinschaft anzuerkennen.

Die Herren Reinehr und Braune traten für die gestellten Forderungen der Erwerbslosen ein und forderten den weiteren Ausbau der Volksküchen; letzterer ersuchte dann weiter den Kreis, Arbeitsgelegenheit innerhalb des Kreises zu schaffen.

Herr Pilkmann-Loh verteidigte die Leitung der Volksküchen im Amte Wellinghofen, die Braune angegriffen hatte und bezeichnete es als die vornehmste Aufgabe des Kreises, für die Erwerbslosen zu sorgen. Er fand dann scharfe Worte der Anklage gegen jene Bestrebungen, die darauf hinausgingen, die Führer der Arbeiter in erster Linie zu treffen; bei der Einstellung von Arbeitern müßten vor allen Dingen verheiratete Familienväter zuerst berücksichtigt werden.

Auch Herr Bürgermeister Rohrmann bezeichnet die Sätze der Erwerbslosenfürsorge als viel zu niedrig. Der Antrag Schlicho dieserhalb bei der Regierung vorstellig zu werden, finde seinen vollen Beifall. Neben dem Kreis müßten auch die Gemeinden helfend eingreifen.

Im Anschluß an die allgemeine Aussprache gab es noch eine scharfe Auseinandersetzung zwischen dem Vorsitzenden und dem Abg. Braune (Komm.) Herr Landrat Hansmann sprach unter der lebhaften Zustimmung des ganzen Hauses dem Abg. Braune das Recht ab, sich als berufener Vertreter der Erwerbslosen aufzuspielen und im Kreistage überhaupt noch zu sprechen.

Zum Schluß mahnte der Landrat zur Einigkeit und forderte alle Kreise der Bevölkerung zur Mitarbeit an der Erhaltung des Arbeiterstandes und damit des deutschen Vaterlandes auf.

Es war fast 4 Uhr geworden, als die Verhandlungen, zu denen sich auch zahlreiche Zuhörer auf der Tribüne eingefunden hatten, geschlossen wurde.

**Die Herzen auf für die hungernden Brüder
Ueb' Menschenliebe durch das Städtische Wohlfahrtsamt!**

❖ ❖ Turnen, Sport und Spiel. ❖ ❖

Fußball.

Auf dem Sportplatz hinter der Töchterschule nachm. 2.30 Uhr am Sonntag:

Spiel und Sport Soest — S. S. V. 03.

Die Soester-Liga-Mannschaft weilt am kommenden Sonntag zum Freundschaftsspiele in unserer Stadt. Der spielstarken Mannschaft geht ein guter Ruf voraus und wenn Schwerte in der alten Aufstellung den Kampf nicht zu leicht nimmt, wird es vielleicht zu einem Siege langen.

Boxen.

Morgen Sonntag nachm. 5½ Uhr findet im „Reiche des Wassers" unter Leitung des bekannten Herrn Adler-Wattenscheid die Vorrunde um die Gaumeisterschaften im Boxen statt. Zirka 15 Paare werden die Kämpfe zum Austrag bringen. (Siehe Inserat.)

Aus den Provinzen.

Dortmund. (Durch den Sohn des Hauses) unterstützte Einbrecher. Ein Einbruchsdiebstahl sollte in einem Hause an der Rheinischen Straße ausgeführt werden. Die Diebe standen mit dem Sohne in Verbindung, der ihnen die Arbeit durch Oeffnen der Tür erleichtert hatte. Es fielen ihnen ein Fahrrad und wertvolle Kleidungsstücke in die Hände. Ein Täter wurde in der Wohnung eines Hehlers festgenommen.

Lüdenscheid. (Das städt. Orchester gekündigt!) Die Stadtverwaltung hat am 31. Oktober ds. Js. den mit dem Leiter des hiesigen städt. Orchesters, Musikdirektor Kaus, geschlossenen Vertrag zum 31. Januar 1924 gekündigt. Die Stadt begründet die Kündigung mit dem Regierungsdruck in Bezug auf Sparmaßnahmen hinsichtlich des Beamtenabbaues.

Eingesandt.

(Für Artikel unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion nur die preßgesetzliche Verantwortung.)

Erklärung des Jungdeutschen-Ordens.

Gegenüber den Angriffen gegen den Jungdeutschen-Orden erkläre ich als Hochmeister des Ordens, daß weder der Orden, noch seine Leitung an irgend einer Katholikenhetze beteiligt sind oder jemals beteiligt sein werden. Der Orden steht über den Konfessionen und Parteien. Wegen seiner Konfession wird kein Ordensbruder behelligt, sofern er nur auf dem Boden des echten Christentums steht. Wegen seiner Parteizugehörigkeit wird kein Ordensbruder behelligt, sofern er nur auf dem Boden echter deutscher Vaterlandsliebe steht. Die Ordensleitung bürgt für die stramme Durchführung dieser Grundsätze.

Der Hochmeister des Jungdeutschen-Ordens:
gez. Arthur Mahraun.

Gottesdienste am Sonntag, den 23. Dezember.

Große Kirche 9,30 Uhr: Pastor Florin.
4 Uhr: Weihnachtsfeier des Kindergottesdienstes, Pastor Florin.
Kleine Kirche 10 Uhr: Pastor Wischnath.
Ev. Krankenhaus. 9 Uhr: Pastor Wischnath.
Evangel. Stadtmission, Kuhstraße 7. Sonntag früh 8 Uhr: Blaukreuzverein; nachm. 5 Uhr: Weihnachtsfeier der Stadtmission und des Gem. Chores.

Bekanntmachung.

In unser Handelsregister Abteilung B Nr. 32 ist heute bei der Firma Rahlenbeck & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Schwerte folgendes eingetragen: 3495

Der Kaufmann Heinrich Hochscherf aus Elberfeld ist zum zweiten Geschäftsführer bestellt. Er ist berechtigt, die Firma allein zu zeichnen.

Schwerte, den 14. Dezember 1923.

Das Amtsgericht.

Statt Karten!

Hedwig Trottner
Walter Siebel
Verlobte

Werne-Bochum — Schwerte (Ruhr)
23. Dezember 1923

Bekanntmachung.

Ab Samstag, den 22. Dezember 1923, gelten folgende Verkaufspreise in Goldmark: 3500

Brötchen, ca. 35 Gramm	3 Pfg.
Weißbrot, per Pfund	25 „
Bauernstuten, per Pfund	20 „
Helles Graubrot, per Pfund	20 „
Dunkles „ 85 %, per Pfund	15 „
Schwarzbrot, per Pfund	15 „
Zwieback, per Pfund	60 „
Spekulatius, per Pfund	120 „

Auf den Preisschildern ist das Gewicht des Brotes ersichtlich und bitten das Publikum, darauf zu achten!

Freie Bäckerinnung Schwerte u. Umgegend

Weihnachts-Geschenke!

in selten großer Auswahl
zu bedeutend ermäßigten Preisen
empfiehlt
Karl Brühmann, Ostenstraße 20
Spezialgeschäft in Porzellan, Kristall und Geschenkartikeln

Passende Weihnachtsgeschenke!

Empfehle mein reichhaltiges Lager in **Musikinstrumenten jeder Art**
Geigen, Mandolinen, Gitarren, Lauten, Harmonikas, Wiener-Akkordeons, Flöten, Theaterstücke, Couplets, Noten usw.

„Sprechmaschinen" u. Schallplatten
erstklassige Fabrikate in größter Auswahl
Billigste Preise, auch Zahlungserleichterungen in entgegenkommendster Weise

Musikhaus Kümper, Teichstraße 3,
3471 Am Wilhelmsplatz.

Westdeutscher Amateur-Boxverband

Vorrunde um die
Gaumeisterschaft Westfalens!

Sonntag, 23. Dezember 1923, nachmittags 5½ Uhr in Schwerte
„Im Reiche des Wassers"
Großkampftag der besten Boxer
aus Schwerte, Hagen, Dortmund, Kamen, Soest, Kassel, Dynhausen, Hann.-Münden: etwa
15 Paare!
Es ladet freundlichst ein: S. u. S.-C. „Union", Schwerte.
Vorverkauf: numm. Sitzplätze Zigarrenhandlung Künkler, Wirtschaft Wilkes, Friseur Vellinghoff.

Für Weihnachten!

Große Auswahl in
Ia. Leder-
Damenhandtaschen
Brieftaschen
Geldscheintaschen
Berufstaschen
Aktenmappen
Buchhandlung Carl Braus, Schwerte

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Tode unserer lieben Entschlafenen, sowie für die trostreichen Worte des Herrn Pastor Florin sprechen wir unsern innigsten Dank aus. 3492

Schwerte, den 21. Dezember 1923.

Familie Pütter.
Familie Hegenberg.

Soeben eingetroffen:

Metallfadenbirnen, 10 und 16kerzig
Taschenlampenhülsen
Birnen :: Batterien
„Degea-Bügeleisen", die Qualitätsmarke
Billig! **Schreib-** Billig!
und Nachttischlampen!
Ferner
Kronleuchter und Christbaumkugeln
in sehr schöner Auswahl!
Karl Brühmann, Ostenstr. 20.

Weihnachtskerzen

Verschiedene Sorten und Preislagen
von 50 Pf. bis 1.20 Mk.
u. a. Pakete: Inhalt 30 Stück zu 60 Pfennig.
Buchhandlung Carl Braus.

Sportplatz hinter der Töchterschule.
Nachm. 2,30 Uhr:
Spiel- und Sport Soest (Liga)
gegen
S. S. V. 06

Ausschuß-Sitzung
am Freitag, d. 28. 12. 23 abends 8 Uhr im neuen Rathause Zimmer 5.
Tagesordnung:
Satzungsänderung,
Wahl der Rechnungsprüfer. 3506

Der Vorstand der Allg. Ortskrankenkasse:
Stellbrink.

Billiger Verkauf von guten Stoffen

Herren- und Damen-Maßschneiderei
Franz Kötter,
Hagenerstraße 22.

Photogr. Apparate und Zubehör
für
Amateure
empfiehlt
C. Münkel,
Bahnhofstraße 26, Fernruf 134.

Weihnachtskerzen

Paket 24er nur 52 Pfg.
Thams & Garfs
Am Markt.

Technikum Lemgo
(Lippe)
höhere technische Lehranstalt
Staatsdamm'ter

Landwirtschaftlicher und deutsche Garten-Kalender
sind soeben eingetroffen
Buchhandlung Carl Braus

Dürkopp Fahrräder, Nähmaschinen, Zentrifugen

Parlophon Sprechmaschinen, Schallplatten, Schalldosen

in großer Auswahl!

Willy Lippmann,

Schwerte, Markt Nr. 9



Erhalte Sonntag einen Transport
Faselschweine
und verkaufe dieselben billigst.
Ernst Steinkühler,
Schwerte-Ruhr, Ostheiweg 28.

Felle

werden laufend gekauft.
A. Landau
Hagenerstraße 2
Tel. 160

Weihnachts-Geschenke!



Divan 70 und 80 Goldmark
Plüschsofa v. 120,— Mk. an
Korbmöbel aller Art
Korbsessel von 12,— Mk. an.
Teilzahlung!
Hugo Walther,
Holzen, Rosenweg 40.

Am
1. Weihnachtsfeiertage
bleibt mein Lokal
geschlossen!
Hubert Pferdekämper, Schwerte.

Für den Weihnachtstisch empfiehlt
Visitenkarten
in geschmackvoller Ausführung
Buchdruckerei Carl Braus.

Zum
Weihnachtsfeste günstige Angebote!

Linoleum-Teppiche Läufer Vorlagen	Dekorationsstoffe, Tapeten-Wandstoffe, Divan-Decken, Felle	Deutsche Teppiche, Brücken, Vorleger, Läuferstoffe, Fußmatten

Tapetenhaus Kölling, Schwerte, Markt 3

Hackerbräu

Hell und Dunkel 13 %



Fürstenberg Pilsener

13 %



Echtes Dortmunder Aktien-Bier

Export und Lager
Alles in Fässern, Syphons und Flaschen
empfiehlt
Hubert Pferdekämper
Biergroßhandlung — Telefon 164